



Christian Spieß

Die beiden Jahrzehnte vor der Finanzmarktkrise 2007 bis 2010 waren geprägt von einer Veralterung der internationalen Finanzmärkte: Nicht die realwirtschaftliche Situation, nicht politische Veränderungen, nicht sozialpolitische Erfordernisse und nicht gesellschaftliche Entwicklungen schienen die Dynamiken

des Handels mit Wertpapieren, Optionen und Derivaten zu beeinflussen, sondern der Handel mit Finanztiteln schien umgekehrt Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu dominieren. Die Krise um das Jahr 2008 hat nicht nur die negativen Effekte der in dieser Weise „entfesselten“ Finanzwirtschaft auf Wohlstand und Gerechtigkeit gezeigt, sondern auch ihre Dysfunktionalität und strukturelle Mängel offengelegt. In einer etwa von Bernhard Emunds in seinem Band „Politische Wirtschaftsethik globaler Finanzmärkte“ (Springer 2014) durchgeführten (sonst aber weitgehend unterbliebenen) gründlichen Analyse stellt sich die Krise nicht als „Betriebsunfall einer an sich hoch-effizienten Finanzwirtschaft oder als Schwächeanfall, dessen periodische Wiederkehr auch in der besten aller Finanzwelten nicht zu verhindern sei“ dar, sondern als „Offenbarungseid einer neuen Form der Finanzwirtschaft“.

In der Sprache der sozialkatholischen Tradition legitimiert sich Privateigentum aus positiven Effekten für das „Gemeinwohl“ und ist deshalb mit einer „Sozialpflichtigkeit“ verknüpft. Vor diesem Hintergrund gehen die Beiträge dieses Heftes der Frage nach: Wie steht es um die Kriterien des Gemeinwohls und der Sozialpflichtigkeit, um

## Finanzpolitik vor großen Herausforderungen

die Funktionalität und den Beitrag der Finanzwirtschaft zum Wohlstand der Gesellschaft, wenn die großen gegenwärtigen Herausforderungen in den Blick genommen werden?

Bernhard Emunds bietet in seinem Beitrag eine eher ernüchternde Analyse, benennt aber dennoch wirtschaftsethische Perspektiven. Erforderlich sei erstens die Überwindung der „Gesamtkonstellation der Finanzwirtschaft, die sich ab den 1980er Jahren entwickelt hat, das Ineinander von Kredit- und Geldschöpfung einerseits, regen Aktivitäten auf den Wertpapier-, Derivate- und Immobilienmärkten andererseits“. Zweitens müsse die Finanzwirtschaft die ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft finanzieren – wozu sie grundsätzlich angesichts ihres ungeheuren Potenzials auch in der Lage sei. Den Zusammenhang von Klimawandel und Finanzmärkten bzw. Finanzpolitik erörtert dann Wolf-Gero Reichert in seinem Beitrag eingehend, insbesondere die spezifischen Auswirkungen des Klimawandels auf das Finanzsystem. Die zentrale Herausforderung für eine konsequente und entschlossene Klimapolitik sei es, einen Zielkonflikt zwischen Finanzstabilität einerseits und Begrenzung des Klimawandels andererseits zu verhindern. Den möglichen Beitrag kirchlicher Anleger zu einer ökologisch und sozial nachhaltigen Transformation des Finanzwesens nimmt Helge Wulsdorf in den Blick. Er skizziert dazu unter anderem eine Systematik ethisch-nachhaltiger Geld-

anlagen, die dem Anliegen folgt, dass die ethisch-nachhaltigen Anlagekriterien von Kirche, Caritas und Diakonie zum einen für christliche Wertvorstellungen stehen, zum anderen aber auch anschlussfähig an die Nachhaltigkeitsanforderungen der Kapitalmärkte sind. Ein Zielkonflikt soll also auch hier vermieden werden – und überdies kann gezeigt werden, dass es sich bei der Verknüpfung von ethisch-nachhaltigem Investment und sozial-ökologischer Transformation um ein ökumenisches Anliegen handelt. Christoph Krauß analysiert die Politik der internationalen Finanzinstitutionen Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbankgruppe (WB). Diese Institutionen vergeben Kredite – als Kreditgeber letzter Instanz – an in makroökonomische Schieflage geratene Staaten. Die dabei zugrunde gelegten Bedingungen bzw. „Konditionalitätenpolitik“ wird von Krauß analysiert und sozialetisch bewertet. Schließlich bringen Arnd Küppers und Peter Schallenberg die „alten“ Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft mit den Erfordernissen der Gestaltung der Finanzordnung in Verbindung. Keineswegs, so die Autoren, seien diese Prinzipien angesichts der wirtschaftlichen Globalisierung, der Internationalisierung der Finanzwirtschaft und der Schaffung einer gemeinsamen europäischen Währung obsolet geworden. Vielmehr könne und müsse insbesondere die EU sich bei der Gestaltung der Ordnungspolitik am „progressiven Stilgedanken“ der Sozialen Marktwirtschaft orientieren.